

Wenn auch das Bild der Juden in der polnischen Literatur dargestellt wird, so ist doch die russische Literatur leider ausgespart. Überraschenderweise wurde auf die Darstellung der Tätigkeit der polnischen (russischen, ukrainischen usw.) Schriftsteller und Künstler jüdischer Herkunft verzichtet. Die Problematik der assimilierten Juden kommt in dem Buch entschieden zu kurz.

Damit hängt ein anderes Problem zusammen. Als Sprache der Juden in Polen und Rußland wird nur Jiddisch angeführt. Daß viele Juden in diesen Ländern oft drei- und mehrsprachig gewesen sind (Jiddisch, Hebräisch, Polnisch, Russisch usw.) wird zwar nicht geleugnet, aber als „nationale Sprache“ wird eben nur das Jiddische behandelt.

16 Fotografien aus den ersten drei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts ergänzen den Band. Von den vier abgedruckten Landkarten ist besonders die Karte der Verbreitung der einzelnen Dialekte des Jiddischen von Interesse.

Das Buch wird als Einführung in die Problematik für skandinavische Interessenten gute Dienste leisten. In deutscher Sprache existiert das von Wissenschaftlern des In- und Auslandes erstellte vorzügliche Sammelwerk „Beter und Rebellen. Aus 1000 Jahren Judentum in Polen“, herausgegeben von Michael Brocke (zu beziehen von: Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Mittelweg 10, 6000 Frankfurt a. M.), Frankfurt a. M. 1983, das mit seinen 368 Seiten Umfang auch zahlreiche Aufsätze zum Ostjudentum allgemein enthält (s. die Besprechung von P. Korzec in: ZfO 34 [1985], S. 121–124), aber, da nicht in einem Verlag erschienen, wohl weniger bekannt geworden ist.

Freiburg i. Br.

Antonín Měšťan

Richard Georg Plaschka: Nationalismus, Staatsgewalt, Widerstand. Aspekte nationaler und sozialer Entwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa. Festgabe zum sechzigsten Geburtstag. Hrsg. vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut. (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd. XI.) R. Oldenbourg Verlag, München; Verlag für Geschichte und Politik, Wien. 1985. 495 S.

38 der 70 Aufsätze, die Richard Georg Plaschka, Ordinarius für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, zwischen 1956 und 1984 veröffentlicht hat, werden hier wieder abgedruckt. Zwar sind diese Texte eher Skizze als Abhandlung – mehr als die Hälfte von ihnen ist nicht länger als 10, und nur drei sind länger als 20 Seiten –. Doch gerade in dieser knappen Form bezeugen sie eindrucksvoll die gute Vertrautheit P.s mit der Geschichte der Habsburgermonarchie, namentlich während der letzten Jahrzehnte ihres Bestehens, und sein Vermögen, bisher wenig beachtete Einzelheiten oder Entwicklungen, vor allem sozial-, mentalitäts- und militärhistorischer Art, in dem vielgestaltigen Nationalitätenproblem dieses Reiches zu erkennen, zu beschreiben und zu erklären. Selten in der deutschsprachigen Forschung und deshalb um so mehr als vorbildlich zu loben ist P.s Fähigkeit, die von ihm untersuchten Zusammenhänge nicht nur unter dem Aspekt des Gesamtstaates darzustellen, sondern auch – und in der Regel sogar in erster Linie – unter dem der einzelnen in ihm lebenden Völker, besonders der Tschechen und der Südslawen.

Köln

Peter Burian

East-Central Europe in transition. From the fourteenth to the seventeenth century. Hrsg. von Antoni Mączak, Henryk Samsonowicz und Peter Burke. Cambridge University Press, Edition de la Maison des Sciences de l'Homme. Cambridge, Paris 1985. VI, 207 S.

Die in diesem Sammelband zusammengefaßten zwölf Beiträge von führenden polnischen und ungarischen Wirtschaftshistorikern weisen als gemeinsamen Schwerpunkt

der Untersuchung die Frage nach den ökonomischen und sozialen Strukturen sowie Entwicklungstrends in Polen, Ungarn und Böhmen in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus des Spätmittelalters zum Kapitalismus der frühen Neuzeit auf. Insofern wird mit diesem Band die Arbeit des polnisch-ungarischen Kolloquiums der ungarischen und polnischen Akademie-Institute für Historische Wissenschaften aus dem Jahre 1976 fortgesetzt und zeitlich wie räumlich erweitert (vgl. die Besprechung in: ZfO 31 [1982], S. 278–280 [H.-J. Kraschewski]).

Erkenntnisleitendes Interesse der wirtschaftshistorischen Beiträge bildet die Frage nach Erscheinung und Ursache ökonomischer Divergenz Ostmitteleuropas im Vergleich zu Westeuropa. Implizit oder explizit formuliert, wird Immanuel Wallersteins These diskutiert, die jeweiligen Produktionsverhältnisse, die das Wirtschaftssystem in einem Land bestimmen, seien abhängig von den Produktionsverhältnissen des überregionalen Gesamtzusammenhangs, d. h. im Fall der ökonomischen und sozialen Entwicklung Polens, Ungarns und Böhmens von denen des sich entwickelnden kapitalistischen ‚Weltsystems‘ der westlichen Länder (mit ‚starken Staaten des Zentrums und schwachen Peripherie-Staaten‘ als Grundstruktur der Weltwirtschaft). Es werden verschiedene Erklärungszusammenhänge des unterschiedlichen Wachstums der Wirtschaft in Ostmittel- und Westeuropa erörtert, bezogen auf Erscheinungen wie: das Zurückdrängen der bereits vorherrschenden Geldrente durch Natural- und Arbeitsrente in Ostmitteleuropa, die ‚Entbürgerlichung‘ von Städten durch die Haltung des Adels, der sich zunehmend zu Lasten der Bauern und Bürger in das Marktgeschehen einschaltete, sowie schließlich das Abdrängen der Bauern in die Marginalität, verbunden mit einem Rückgang der Massenkaukraft und Schrumpfung des inländischen Warentauschs. Die Begriffe ‚Zweite Leibeigenschaft‘, ‚Realleibeigenschaft‘ oder ‚Erbuntertänigkeit‘ kennzeichnen gemeinhin dieses System der bäuerlichen Abhängigkeit und damit die Argarverfassung Ostmitteleuropas im 16. Jh. als Besonderheit im Vergleich zur Situation westlich der Elbe.

Marian Małowist (Warschau) charakterisiert die Stellung Polens und Ungarns in der frühen Neuzeit nahezu uneingeschränkt als ‚quasikolonial‘, denn seine Untersuchung der Zirkulationssphäre von Kapital im Metallhandel des 16. Jhs., aufgezeigt am ungarischen Kupferexport (Thurzo-Fugger-Gesellschaft) und am polnisch/schlesischen Bleihandel (durch Krakauer Kaufleute), kommt zu dem Ergebnis, daß der Außenhandel dieser Länder durch ungleiche Austauschbeziehungen mit dem Westen Europas gekennzeichnet gewesen sei. Auch Leonid Żytkowicz (Thorn) vertritt in seiner Betrachtung der Trends der Agrarwirtschaft in Polen (Getreide-Export), Böhmen (desgleichen Getreide-Ausfuhr) und Ungarns (Ochsen- und Wein-Export) eine vergleichbare These: Die rasch steigende Nachfrage der sich industrialisierenden westeuropäischen Länder nach Getreide und Fleisch und die dadurch ausgelöste Preisbewegung für diese Güter haben den Adel (als Grundherrschaft) in Polen und Ungarn veranlaßt, seine Eigenwirtschaft auszubauen und die Bauern zu unentgeltlichen Arbeitsleistungen auf den gutsherrlichen Ländereien heranzuziehen. Folge des Massenausports von Getreide aus Polen und Ochsen sowie Wein aus Ungarn sei ein steigender Import von Gewerbeprodukten aus westlichen Ländern gewesen, wodurch das einheimische (städtische) Handwerk in eine schwierige Konkurrenzsituation geraten sei.

Demgegenüber sieht Jerzy Topolski (Posen) die ‚terms of trade‘ zwischen Ostmitteleuropa und dem Westen Europas als eher ausgeglichen an: Er konstatiert äquivalente Tauschbeziehungen, da, auf Grund des kompensatorischen ostmitteleuropäischen Kontinentalhandels mit Rußland, Weißruthenien, Litauen und der Ukraine (Pelze, Häute, Leder, Wolle, Wachs und Talg gegen Getreide, Kupfer und Ochsen), in der fraglichen Zeit die Handelsbilanz Ostmitteleuropas aktiv war und sich die Austauschverhältnisse stark zugunsten der agrarexportierenden Länder entwickelten. So habe

derpolnische Getreide-Export mit 30–35 v.H. über dem Wert des Imports gelegen (Maria Bogucka schätzt das Surplus für die Jahre 1634 und 1640–43 sogar auf 40 v.H.). Insgesamt habe in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der Export von Getreide aus Polen jährlich nicht die 4,5 Prozent-Marke (d.i. 43000 Tonnen) der Gesamtproduktion des polnischen Getreides überschritten. Damit sei der lokale Markt – als Binnenmarkt – nicht zu marginaler Größe geschrumpft.

Maria Bogucka (Warschau) belegt eindrucksvoll das wirtschaftliche Zurückbleiben Ostmitteleuropas im 16. Jh. am Beispiel größerer Städte (mit über 10000 Einwohnern) und der Rolle des Handwerks bei fehlender gewerblicher Warenproduktion auf dem Land, denn selbst da, wo Handwerk entstand, erwies sich die Last der Abgaben an den Adel, rechtliche Unsicherheit, Immobilität der Bauern und fehlende Massennachfrage als Hemmnis für die weitere Ausbildung gewerblicher Wirtschaft bzw. die Entstehung von Gewerberegionen. Insofern wird auch die Bedeutung Danzigs als Handelsmetropole und Produktionszentrum besonders verständlich (zwischen 70 und 80 v.H. des Getreide-Exports Polens wurde über diese Stadt und ihren Hafen abgewickelt).

Für den ungarischen Rinderexport und Weinhandel hat István N. Kiss (Budapest) neue Zahlen eruiert, so daß er Relationen herzustellen vermag zwischen Bevölkerung, landwirtschaftlicher Produktivität und der Export-Kapazität Ungarns in der zweiten Hälfte des 16. Jhs.: Es wurden (1580) pro Kopf der Bevölkerung 2 Ochsen, 0,5 Hektoliter Wein und 1,68 Doppelzentner Brotgetreide erzeugt. Von diesen Produkten gingen, gemessen an der Bevölkerung und ihrer Leistungsfähigkeit, 2,5–5 v.H. Ochsen, nämlich jährlich durchschnittlich um die 100000 Tiere, gelegentlich auch bis zu 200000 Tiere, in den Export (zum Vergleich: der dänische Ochsenexport nach Deutschland betrug p. a. 45000, der polnische 50000 Tiere). Der Weinexport betrug ca. 10–15 v.H. der produzierten Menge, während im Vergleich dazu der Getreide-Export unerheblich blieb. Bei diesen Quantitäten sei es möglich gewesen, den Außenhandel im Gleichgewicht mit den Einfuhren zu halten, so daß es sogar zu Überschüssen in der Handelsbilanz gekommen sei, d. h. es habe ein Werttransfer von Osten nach Westen stattgefunden. Diese Situation änderte sich Ende des 18. Jhs. insofern, als die klassischen Exportgüter Ungarns, Ochsen und Wein, ihre überragende Stellung im Außenhandel verloren und durch Getreide und Wolle ersetzt wurden. Dennoch behielt Ungarns Außenhandel seinen agrarischen Charakter bei. Gestützt werden diese Ergebnisse durch die demographischen Untersuchungen Eric Fügedis (Budapest), der die Bevölkerungsentwicklung Ungarns und Siebenbürgens in ihrem säkularen Trend (von 1300 bis 1700) mit Auswirkungen von Kriegen und Pestzügen analysiert hat. Laszlo Mákkai (Budapest) und Andrzej Wyrobisz (Warschau) ergänzen diese Ebene der Betrachtung mit einem Abriß der jeweiligen historischen Entwicklung ihrer Länder, während sich Andrzej Wyczański (Warschau) mit den politischen Herrschaftsverhältnissen in Polen auseinandersetzt.

Jan Białostocki (Warschau) und Janusz Tazbir (Warschau) fragen in ihren kulturkritischen Beiträgen nach der Bedeutung von Renaissance und Barock in Polen.

Henryk Samsonowicz und Antoni Mączak (beide Warschau) reflektieren die erkenntnisleitende Fragestellung nach Erscheinung und Ursachen ökonomischer Rückständigkeit Ostmitteleuropas im Vergleich zum Westen des Kontinents im Zusammenhang von Feudalismus und Kapitalismus. Sie sehen das wirtschaftliche Zurückbleiben Ostmitteleuropas nicht nur als Folge der internationalen Arbeitsteilung oder einseitiger Austauschbeziehungen, sondern auch umgekehrt, die Asymmetrie im frühneuzeitlichen Wirtschafts- und Handelsgefüge sei eine Folge struktureller Diskrepanz zwischen beiden Teilen Europas, nämlich der fehlenden Verknüpfung von gewerblicher Produktion mit dem ländlich-agrarischen Umfeld in Ostmitteleuropa, da die Ausbildung einer

ländlichen Verbrauchergesellschaft zurückgeblieben ist. Damit wird Wallersteins These erheblich relativiert.

Wie die unterschiedlichen Ergebnisse der einzelnen wirtschaftshistorischen Beiträge zeigen, die in diesem wichtigen Materialband zu relevanten Einzelfragen zusammengetragen wurden, ist die Diskussion des Themas ‚Europa im Wandel zur Neuzeit‘ noch längst nicht abgeschlossen.

Marburg a. d. Lahn

Hans-Joachim Kraschewski

Staatliche Steuerung und Eigendynamik im Bildungs- und Erziehungswesen osteuropäischer Staaten und der DDR. Hrsg. von Oskar Anweiler. (Osteuropaforschung, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Bd. 21.) Berlin-Verlag Arno Spitz, Berlin 1986. 293 S.

Dieser Band enthält die schriftliche Fassung von 14 Vorträgen, die auf der 6. Internationalen Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Verbindung mit der Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung im Institut für Pädagogik der Ruhr-Universität Bochum Ende September/Anfang Oktober 1984 unter dem gleichen Titel im Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho gehalten wurden.

Den roten Faden, der die Beiträge inhaltlich verbindet, bildet die Frage nach dem Verhältnis von bildungspolitischer Steuerung und pädagogischer Autonomie in verschiedenen Staaten des Ostblocks. Eine solche Frage aufzuwerfen heißt zugleich anzunehmen, daß das Bildungswesen in den kommunistisch regierten Staaten weniger „monolithisch“ ist als häufig vorausgesetzt: Von dieser Prämisse geht der Herausgeber Oskar Anweiler in seinem einleitenden Beitrag (S. 9–28) aus, der die Gesamtproblematik umreißt. Wichtig ist dabei zunächst der Unterschied, der zwischen „Steuerung“ und „Verwaltung“ gemacht wird, sowie der Hinweis darauf, daß sich die pädagogische Autonomie in „Regulierung“ bzw. besser in „Selbstregulierung“ von der Basis her entwickeln kann. Noch wichtiger ist Anweilers Feststellung, daß sich diese Faktoren in den einzelnen osteuropäischen Ländern ganz verschieden entwickelt haben. Während so z. B. für die Sowjetunion gilt, daß das Modell der überlieferten zentralistischen Leitungsstruktur des Bildungswesens dominiert, sehen die Bildungstheoretiker in Polen den Schwerpunkt in der „Selbstregulierung“, d. h. in der Zusammenwirkung leitender und selbstverwaltender Organe, wobei letztere über einen größeren Freiraum verfügen. In der in Polen geführten Diskussion, die mit der gesellschaftspolitischen Krise der achtziger Jahre eng zusammenhängt, wird dabei der Begriff der „Selbstregulierung“ in einen Systembegriff eingebracht, der zu einer „gesellschaftlichen Homöostase“ ausgeht.

In drei Einzelbeiträgen über Polen, auf die es sich hier zu beschränken gilt, wird diese Theorie weiter ausgeführt und an der Praxis festgemacht. Am Anfang steht der Aufsatz von Mieczysław Pęcherski über „Die Theorie der Selbstregulierung im Bildungswesen und praktische Erfahrungen in Polen“ (S. 29–44). Der Vf. bejaht darin die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit einer „Selbstregulierung“ im Bildungswesen, wenn sie auch trotz der gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren immer nur einen begrenzten Wirkungsraum ausfüllen kann; denn nach wie vor ist das Bildungswesen auch in Polen staatlich organisiert. Dennoch ließen sich durch eine erweiterte Selbstregulierung bestehende Disfunktionalitäten vermeiden. Was die pädagogische Autonomie betrifft, so empfiehlt Pęcherski, zwischen einer offiziellen und einer nicht-offiziellen pädagogischen Autonomie zu unterscheiden. Der nicht-offiziellen pädagogischen Autonomie räumt er einen relativ großen Spielraum ein; er sieht in der Person des Lehrers und nicht in den Verwaltungsvorschriften den entscheidenden Faktor des Erziehungswesens. Das ist eine ermutigende Feststellung; sie spiegelt offen-